

GUTACHTEN WISSENSCHAFTSFREIHEIT VS. STAATLICHE QUALITÄTSSICHERUNG – DAS SPANNUNGSFELD DER JURIS- TISCHEN AUSBILDUNG

11. Zwischentagung Jena 2026

Workshop Nr. 3

Chinwoo Yang
Arda Cem Sunar

BRF

Bundesverband
rechtswissenschaftlicher
Fachschaften e.V.

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung	1
B.	Historische Entwicklung der Juristischen Ausbildung	1
I.	Mittelalter bis 18. Jahrhundert	1
II.	19. / 20. Jahrhundert: Die Entstehung des modernen Staates	1
III.	Weimarer Republik und NS-Zeit	2
IV.	Nachkriegszeit und Bundesrepublik bis heute	3
C.	Verfassungsrechtlicher Rahmen	4
I.	Entstehung	4
II.	Überblick	5
III.	Schutzbereich	5
1.	Persönlich	5
2.	Sachlich	5
a.	Begriff der Wissenschaft	6
b.	Begriff der wissenschaftlichen Forschung	6
c.	Begriff der wissenschaftlichen Lehre	6
IV.	Eingriff	7
V.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	7
1.	Schranken	7
2.	Schranken-Schranken: Praktische Konkordanz	8
a.	Legitime Zwecke	8
b.	Verhältnismäßigkeit i.e.S.	8
VI.	Staatliche Qualitätssicherung	8
D.	Das Spannungsfeld im Status quo	9
E.	Reformdiskussionen und Lösungsansätze	9
I.	Reformbedarf! – Oder doch nicht?	9
1.	Studierende	10
2.	Justiz	10
II.	Über die Schwierigkeiten einer Reform	11
III.	Reformvorschläge	12
1.	Bachelor of Laws (LL.B.)	12
2.	Internationalisierung und Europäisierung des Rechts	13
3.	Interdisziplinäre Inhalte	13
4.	Anpassung an die Digitalisierung	13
5.	Reduktion des Pflichtfachstoffs	14
F.	Positionierung des BRF	14

G. Schlussbewertung	15
Literaturverzeichnis	16
Impressum	18

A. Einleitung

Dieses Gutachten untersucht die historische, verfassungsrechtliche und systematische Entwicklung der juristischen Ausbildung in Deutschland. Im Mittelpunkt steht das Spannungsfeld zwischen der Wissenschafts- und Lehrfreiheit einerseits sowie der staatlichen Qualitätssicherung andererseits. Durch eine historisch-kritische Perspektive soll aufgezeigt werden, wie die gegenwärtige Struktur des Jurastudiums entstanden ist, warum sie bis heute fortbesteht und welche Reformdiskussionen aktuell geführt werden. Damit wird eine Grundlage geschaffen, um gegenwärtige Herausforderungen einzuordnen und die Rolle verschiedener Akteure – insbesondere des BRF – sachgerecht bewerten zu können. Ziel des Gutachtens ist somit, einen „*common ground*“ zu schaffen, auf dem die weitere Arbeit im Workshop fußen kann.

B. Historische Entwicklung der Juristischen Ausbildung

I. Mittelalter bis 18. Jahrhundert

Bereits 533 legte der oströmische Kaiser Iustinian mit seinen *Iustiniani Institutiones* ein juristisches Lehrbuch vor. Dieses bestand aus vier Büchern, welche mit Gesetzeskraft versehen wurden.¹ Die juristische Ausbildung begann im universitären Kontext als stark theoretisch geprägte Wissenschaft in der Zeit zwischen dem 11./12. Jahrhundert an der Universität Bologna. Im Zentrum standen das römische Recht, das kanonische Recht und die gelehrte Rechtsdogmatik.² Der Staat spielte in dieser Phase nahezu keine Rolle, da es ihn so, wie wir ihn kennen, noch nicht gab; Juristen waren vorrangig gelehrte Experten, nicht staatlich geprüfte Verwaltungsbeamte.

In Deutschland wurde 1385 in Heidelberg und 1388 in Köln das Studium des kanonischen Rechtes an den Universitäten gestattet. Darauffolgend wurde das Studium in Erfurt (1392), Würzburg (1402), Leipzig (1409), Rostock (1419), Greifswald und Freiburg (1456), Basel (1459), Ingolstadt (1472), Trier (1473), Mainz und Tübingen (1477) in beiden Rechten (römisch und kanonisch) möglich.

II. 19. / 20. Jahrhundert: Die Entstehung des modernen Staates

Im Zuge der Napoleonischen Kriege wurde an vielen der oben genannten und später noch dazugekommenen Universitäten die Lehre eingestellt. In dem Zeitraum erfolgten nur drei Neugründungen in Berlin, Breslau und Bonn.

Mit der Herausbildung moderner bürokratischer Staatlichkeit, insbesondere in Preußen, änderte sich die Rolle des Juristen fundamental. Der Staat benötigte verlässlich ausgebildete Verwaltungsbeamte, Richter und Staatsanwälte und schuf daher das Staatsexamen als Instrument der Qualitätskontrolle. Prägend

¹ *Manthe*, Geschichte des römischen Rechts, S. 114.

² *Köbler*, JZ 1971, 768 (768f.), dort auch zum folgenden Text.

für die Zeit in Deutschland waren zudem die mit der Reichsgründung 1871 möglich gewordene Rechtsvereinheitlichung in den bis dahin durch Partikularrecht geprägten Staaten. Dies zeigte sich insbesondere um die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert mit den Kodifikationen des Rechtes (bspw. das StGB, BGB, HGB, ...).

1869 wurde in Preußen dann die Grundlage für die juristische Ausbildung gesetzt, wie sie ihrem Kern nach heute noch gilt. Mit dem *Gesetz über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst* wurde die juristische Ausbildung in das heute noch geltende zwei Stufenmodell aus Universitätsstudium und juristischen Vorbereitungsdienst (Referendariat) geändert.³

III. Weimarer Republik und NS-Zeit

Während die Weimarer Republik an den Strukturen des Kaiserreichs festhielt, führte die Zeit des Nationalsozialismus zu einer politischen Gleichschaltung der Hochschulen. Die Jurisprudenz wurde ideologisch instrumentalisiert. Diese Phase ist zentral, um die spätere starke Verankerung der Wissenschaftsfreiheit im Grundgesetz zu verstehen.

Am 20. und 21. Dezember 1934 traf sich der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) in Berlin auf einer Hochschullehrertagung, um mit einer neuen Studienordnung die Juristenausbildung den Entsprechungen der nationalsozialistischen Ideologien nach umzuändern⁴. Führend auf der Tagung war Karl August Eckhardt, nach dem die neue beschlossene Studienordnung dann auch benannt wurde. Eckhardt eröffnete die Tagung mit den Worten: „Lehrer und Studenten der Rechte! Die deutsche Rechtswissenschaft muss nationalsozialistisch werden. Nationalsozialismus ist kein Lippenbekenntnis, sondern eine Weltanschauung.“⁵ Eckhardts Ziel war die Überwindung des alten, römisch-gemeinen Rechts durch ein „wirklich deutsches Recht“.

Die neue nationalsozialistische Studienordnung sah den folgenden Aufbau für die juristische Ausbildung vor: In den ersten beiden Semestern seien die „völkischen Grundlagen der Wissenschaft“ zu erlernen; dazu gehörten auch Vorlesungen über „Rasse und Sippe“. Erst ab dem dritten Semester begann dann das eigentliche Fachstudium, welches mit Prüfungsklausuren im sechsten Semester beendet werden konnte.⁶

Die Nationalsozialisten nahmen auch den Umbau von ganzen Fakultäten vor. So wurden Kiel, Breslau und Königsberg als „Stoßtruppfakultäten“ ausgewählt, die eine besonders ausgezeichnete Juristenausbildung nach der neuen Studienordnung gewährleisten sollten.

³ Bernhardt, OdW 2024, 101 (102).

⁴ Kaltenborn, GRZ 2023, 30 (31), dort auch zum folgenden Text.

⁵ Eckhardt, Richtlinien für das Studium der Rechtswissenschaft, 7.

⁶ Kaltenborn, GRZ 2023, 30 (31), für den gesamten Abschnitt.

IV. Nachkriegszeit und Bundesrepublik bis heute

Nach 1945 wurden sowohl das Staatsexamen als auch das zweistufige Ausbildungssystem beibehalten. Während die Wissenschaftsfreiheit durch Art. 5 Abs. 3 GG massiv gestärkt wurde, blieb die juristische Ausbildung strukturell vom Staat geprägt. Die zunehmende Stofffülle, Digitalisierung und Globalisierung verstärkten die Herausforderungen des Systems, ohne die Grundstruktur zu verändern.

In der Zeit seit 1945 hat die Juristenausbildung einige Ergänzungen und Änderungen erfahren; von tiefgreifenden Reformen kann jedoch nicht die Rede sein. Einige dieser Änderungen sollen hier kurz erwähnt werden.

Am 20.09.1971 trat die Experimentierklausel im Deutschen Richtergesetz (DRiG) in Kraft, die die Möglichkeit einer einstufigen Juristenausbildung vorsah.⁷ § 5b DRiG ermächtigte die Bundesländer, in den Juristenausbildungsgesetzen Studium und praktische Vorbereitungszeit in einer Ausbildung mit einer Dauer von mindestens fünfzehn Jahren zusammenzufassen. Diese Experimentierklausel ermöglichte, aufgrund der Freiheit und der näheren Ausgestaltung, die sie den Ländern überließ, verschiedenste Modelle. Am bekanntesten ist jedoch das ab dem Herbstsemester 1971 eingeführte Modell an der Universität Augsburg. Das Augsburger Modell sah eine starke und frühe Verzahnung von Theorie und Praxis vor. Studierende sollten praktische Fertigkeiten wie das Verfassen von Verträgen oder Schriftsätzen schon früh erlernen. Außerdem waren Praxisphasen in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Verwaltung sowie Anwaltskanzleien vorgesehen. Die Experimentierklausel sollte ursprünglich zum 15. September 1981 wieder außer Kraft treten. Der Gesetzgeber verlängerte den Zeitraum bis ins Jahr 1984. § 5b DRiG wurde schließlich aufgehoben, sodass die zweistufige Juristenausbildung wieder für alle Bundesländer verbindlich wurde.

Das *Gesetz zur Reform der Juristenausbildung* vom 11.07.2002 sah eine Neujustierung der juristischen Ausbildung vor.⁸ Seit dem 1. Juli 2003 wird die Erste juristische Prüfung in einen staatlichen Teil (Pflichtfachprüfung, 70 % der Gesamtnote) und einen universitären Teil (Schwerpunktbereichsprüfung, 30 % der Gesamtnote) aufgeteilt.

Mit dem *Gesetz zur Modernisierung des notariellen Berufsrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften* vom 25.06.2021 wurde der § 5a Abs. 2 DRiG so gefasst, dass die Vermittlung der Pflichtfächer nun auch in Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht und dem Unrecht der SED-Diktatur zu erfolgen hat.⁹

⁷ *Bernhardt*, OdW 2024, 101 (103ff.), dort auch zum folgenden Text.

⁸ *Bernhardt*, OdW 2024, 101 (106), dort auch zum folgenden Text.

⁹ *Chiusi*, OdW 2023, 3 (3).

C. Verfassungsrechtlicher Rahmen

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“

(Art. 5 Abs. 3 GG)

I. Entstehung

Die Wissenschaftsfreiheit ist in ihrer historischen Dimension kein klassisches Grund- oder Menschenrecht.¹⁰ Die bekanntesten Menschenrechtsdeklarationen aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts¹¹ enthalten keine Normierung oder entsprechenden Aussagen über eine Wissenschafts-, Lehr-, oder Forschungsfreiheit.

Die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland hat ihren Ursprung als individualrechtliche Garantie im Übergang zum 19. Jahrhundert.¹² Ihren ideengeschichtlichen Ursprung findet die Wissenschaftsfreiheit bereits in der älteren Forderung nach einer „*libertas philosophandi*“ (Baruch de Spinoza) im 17. Jahrhundert.¹³ Eine erste Verbriefung der Wissenschaftsfreiheit lässt sich in § 152 Frankfurter Paulskirchenverfassung von 1849 finden.

In Art. 142 der Weimarer Reichsverfassung heißt es: „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.“ Das Grundrecht wurde zunächst individualrechtlich gedeutet, bevor sich später, das Verständnis als Doppelgrundrecht durchsetzen konnte. Dass sich nicht nur Individuen, sondern auch die Institution der Universität auf dieses Grundrecht berufen können, prägt auch das heutige Verständnis des Grundrechts.

Auch im Parlamentarischen Rat bzw. seinen Ausschüssen wurde über die Wissenschaftsfreiheit diskutiert¹⁴. Zentrale Kontroverse bildeten hier zum einen die Ausgestaltung einer solchen Freiheit im Hinblick auf die bestehenden föderalen Strukturen und zum anderen die Sicherung der Verfassung vor „lehrenden Verfassungsfeinden“. Es ging im Wesentlichen also auch um die Verfassungstreue des Hochschulpersonals, um die noch fragile, sich im Aufbau befindende neue Ordnung nicht zu gefährden. Diese Besorgnis über eine mögliche fehlende Verfassungstreue des lehrenden Hochschulpersonals war durchaus nicht unbegründet und findet heute noch ihren Ausdruck in Art. 5 Abs. 3 S. 2 GG.

¹⁰ Gärditz, in: Maunz/Dürig (Begr.), Grundgesetz, 108. EL. August 2025, Rn. 1.

¹¹ Gemeint sind die *Bill of Rights* (1789/1791) und die *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* (1789).

¹² Krüper, in: Brosius-Gersdorf (Hrsg.), Grundgesetz, Band I, Rn. 1.

¹³ Gärditz, in: Maunz/Dürig (Begr.), Grundgesetz, 108. EL. August 2025, Rn. 1.

¹⁴ Gärditz, in: Maunz/Dürig (Begr.), Grundgesetz, 108. EL. August 2025, Rn. 8ff., dort auch zum folgenden Text.

II. Überblick

Art. 5 Abs. 3 GG normiert zwei Grundrechte: zum einen die Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 S.1 Var.1 GG) und zum anderen die Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 S.1 Var. 2 GG). Im Folgenden wird der Fokus ausschließlich auf die Wissenschaftsfreiheit gelegt. „Wissenschaft“ soll dabei den Oberbegriff für die Teilbereiche Forschung und Lehre bilden¹⁵, das bedeutet, dass es sich um eine einheitliche verfassungsrechtliche Garantie der Wissenschaftsfreiheit handelt.¹⁶ Art. 5 Abs. 3 S.2 GG stellt mit der Aussage „Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“ eine Schutzbereichsbeschränkung dar.¹⁷

III. Schutzbereich

1. Persönlich

„Das in Art. 5 Abs. 3 GG enthaltene Freiheitsrecht [...] steht jedem zu, der wissenschaftlich tätig ist oder tätig werden will“. ¹⁸ Die Wissenschaftsfreiheit ist somit ein Jedermann-Grundrecht, auf das sich insbesondere Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter, außerhalb der Universität tätige Wissenschaftler und auch Studierende berufen können, sofern sie wissenschaftlich arbeiten (z.B. bei Seminar- oder Hausarbeiten). ¹⁹ Darüber hinaus können auch juristische Personen Grundrechtsträger der Wissenschaftsfreiheit sein, wenn sie wissenschaftliche Aufgaben wahrnehmen. ²⁰ Auch juristische Personen des öffentlichen Rechts wie Universitäten oder Fakultäten können sich auf diese berufen, da ihr Verhältnis zum Staat als „grundrechtstypische Gefährdungslage“ zu charakterisieren ist. ²¹

2. Sachlich

Wie oben schon angeführt, handelt es sich bei dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit um eine einheitliche verfassungsrechtliche Garantie, das heißt, dass es einen einheitlichen Schutzbereich hat. Treffender formuliert wäre daher: „Wissenschaftliche Forschung und wissenschaftliche Lehre sind frei.“²²

¹⁵ BVerfGE 35, 79 (113).

¹⁶ *Manssen*, Staatsrecht II – Grundrechte, Rn. 446.

¹⁷ *Kingreen/Poscher*, Grundrechte – Staatsrecht II, Rn. 828.

¹⁸ BVerfGE 35, 79 (112).

¹⁹ *Gröpl*, in: Gröpl/Windthorst/von Coelln, Studienkommentar, Rn. 108.

²⁰ *Paulus*, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), Grundgesetz, Band I, Rn. 484.

²¹ *Gröpl*, in: Gröpl/Windthorst/von Coelln, Studienkommentar, Rn. 108.

²² *Wendt*, in: von Münch/Kunig (Begr.), Grundgesetz, Band I, Rn. 156.

a. Begriff der Wissenschaft

Das BVerfG versteht unter Wissenschaft, die „auf wissenschaftlicher Eigengesetzlichkeit beruhenden Prozesse, Verhaltensweisen und Entscheidungen beim Auffinden von Erkenntnissen, ihrer Deutung und ihrer Weitergabe“.²³

b. Begriff der wissenschaftlichen Forschung

Unter wissenschaftlicher Forschung wird der nach Inhalt und Form ernsthafte und planmäßige Versuch zur Ermittlung der Wahrheit verstanden und zwar in einem methodisch geordneten Verfahren mit einem Kenntnisstand, der in der Regel auf einem wissenschaftlichen Studium beruht.²⁴ Diese Definition bringt einige Merkmale mit sich, die es im Weiteren zu spezifizieren gilt.

- 1) Das Merkmal „ernsthaft“ soll bedeuten, dass jede wissenschaftliche Tätigkeit einen bestimmten Wissensstand voraussetzt und diesen auch pflegt.²⁵
- 2) Das Merkmal „planmäßig“ wird als „methodisch geordnetes Denken“ verstanden.²⁶
- 3) Das Merkmal „Ermittlung der Wahrheit“ wird so verstanden, dass die Erkenntnis in den öffentlichen Raum gegeben wird, um dort, insb. von anderen Wissenschaftlern kritisch infrage gestellt werden zu können.

c. Begriff der wissenschaftlichen Lehre

Wissenschaftliche Lehre meint das durch eigene und ergänzend durch fremde Forschung Erkannte und das didaktisch aufbereitete Wissen eines Faches, welches in der Lehre vermittelt wird.²⁷ Lehre soll somit auch anregen, Zusammenhänge wahrzunehmen, welche dann wiederum auch zu Forschung anregen sollen. Dies bildet die Grundlage des Prinzips der Einheit von Lehre und Forschung. Die Lehre ist ebenso wie die Freiheit der Forschung nicht an die Universität gebunden, gleichwohl kann man an deutschen Universitäten von einer traditionellen Verknüpfung der Lehre und Forschung miteinander sprechen. Insbesondere sind geschützt:

- Lehre durch mündlichen Vortrag, durch Lehrbücher, Skripten, Ausbildungszeitschriften, im Rundfunk, Internet und Prüfungen
- Wahl der Darstellungs- und der didaktischen Methoden

²³ BVerfGE 35, 79 (112).

²⁴ BVerfGE 35, 79 (113).

²⁵ Kingreen/Poscher, Grundrechte – Staatsrecht II, Rn. 843.

²⁶ Kingreen/Poscher, Grundrechte – Staatsrecht II, Rn. 844, dort auch zum folgenden Text.

²⁷ Paulus, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), Grundgesetz, Band I, Rn. 490ff., dort auch zum folgenden Text.

Eine Studierfreiheit der Studenten als Kehrseite der Lehrfreiheit der Professoren wird zudem durch das BVerfG anerkannt, fällt aber überwiegend in den Schutzbereich des Art. 12 GG.

IV. Eingriff

Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit richten sich nach den allgemeinen Regeln der Grundrechtsdogmatik.²⁸ Sie haben regelmäßig Bezug auf die Ausübung, Organisation oder die Bewertung von Wissenschaft und können auch mittelbar-faktischer Natur sein.²⁹

Beispiele für unmittelbare Eingriffe:³⁰

- Verbot bestimmter Forschungsvorhaben oder -themen
- Gebot bestimmte Themen zu erforschen oder zu lehren
- Genehmigungs- und Anzeigepflichten für Forschungsvorhaben
- zivil- oder strafrechtliche Verurteilung wegen wissenschaftlicher Äußerungen

Beispiele für mittelbare Eingriffe:³¹

- Nichtzulassung zur Promotion
- Begründung besonderer zivilrechtlicher Haftungstatbestände für Risikoforschung

V. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung

1. Schranken

Der Wortlaut des Art. 5 Abs. 3 GG sieht keinen Gesetzesvorbehalt vor. Eine Übertragung anderer Grundrechtsschranken (bspw. aus Art. 5 Abs. 2 GG oder Art. 2 Abs. 1 GG) ist unzulässig („Schrankenleihe“).³² Schranken der Wissenschaftsfreiheit werden „durch die Verfassung selbst“ auferlegt.³³ Schranken der Wissenschaftsfreiheit können also sein: insb. die Grundrechte Dritter (Menschenwürde, allg. Persönlichkeitsrecht, körperliche Unversehrtheit, ...), Umweltbelange und Tierschutz (Art. 20a GG), der Schutz von Sonn- und Feiertagen (Art. 140 i.V.m. Art. 139 WRV) und der Schutz von Staatsgeheimnissen (vgl. §§ 93ff. StGB). Es handelt sich hierbei um sog. verfassungsimmanente Schranken.

²⁸ Krüper, in: Brosius-Gersdorf (Hrsg.), Grundgesetz, Band I, Rn. 82.

²⁹ Krüper, in: Brosius-Gersdorf (Hrsg.), Grundgesetz, Band I, Rn. 82; Gärditz, in: Maunz/Dürig (Begr.), Grundgesetz, 108. EL. August 2025, Rn. 143.

³⁰ Gärditz, in: Maunz/Dürig (Begr.), Grundgesetz, 108. EL. August 2025, Rn. 144.

³¹ Gärditz, in: Maunz/Dürig (Begr.), Grundgesetz, 108. EL. August 2025, Rn. 145.

³² Gröpl, in: Gröpl/Windthorst/von Coelln, Studienkommentar, Rn. 116.

³³ vgl. BVerfGE 119, 1 (23) zur Kunstfreiheit.

In Art. 5 Abs. 3 S. 2 GG findet sich außerdem eine weitere Schranke, nämlich das Gebot zur Treue zur Verfassung. Die Lehre darf nicht in böswilliger und aggressiver Weise zum Kampf gegen grundlegende Prinzipien der FDGO in Stellung gebracht werden.³⁴

2. Schranken-Schranken: Praktische Konkordanz

Sollte ein von der Verfassung geschütztes Rechtsgut mit der Wissenschaftsfreiheit kollidieren, muss im Zuge der praktischen Konkordanz ein verhältnismäßiger Ausgleich dieser verfassungsrechtlich geschützten Interessen mit dem Ziel ihrer Optimierung erfolgen.³⁵ Dies hat Einfluss auf die Verhältnismäßigkeitsprüfung.

a. Legitime Zwecke

Die zur Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit dienenden Zwecke, können nur dann legitim sein, wenn sie unmittelbar der Verfassung entnommen werden.

b. Verhältnismäßigkeit i.e.S.

Bei der Güterabwägung ist davon auszugehen, dass alle Gewährleistungen der Verfassung gleichwertig sind (Einheit der Verfassung). Daher muss im Sinne der praktischen Konkordanz die Abwägung so ausfallen, dass die kollidierenden Interessen ihre maximale Wirkung entfalten können. Dies führt dazu, dass ein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit nur dann angemessen ist, soweit dies geeignet und zwingend erforderlich ist, um einer staatlichen Handlungspflicht zu genügen.

VI. Staatliche Qualitätssicherung

Der Staat hat ein legitimes Interesse an der Sicherstellung gleichwertiger Ausbildungsstandards und der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege. Dies rechtfertigt staatliche Eingriffe wie das Staatsexamen, Pflichtfachkataloge und Prüfungsordnungen. Diese systemische Doppelstruktur führt notwendig zu Spannungen zwischen Freiheit und staatlicher Steuerung.

³⁴ Gröpl, in: Gröpl/Windthorst/von Coelln, Studienkommentar, Rn. 117.

³⁵ Gröpl, in: Gröpl/Windthorst/von Coelln, Studienkommentar, Rn. 118ff., dort auch zum folgenden Text.

D. Das Spannungsfeld im Status quo

Es zeigt sich, dass die juristische Ausbildung durch eine Doppelstruktur geprägt ist. Auf der einen Seite steht die Wissenschaftsfreiheit, auf der anderen der staatliche Anspruch der Qualitätssicherung. Diese Struktur hat Konfliktpotenzial:

- Methodische Freiheit vs. Pflicht zur examensrelevanten Lehre
- Wissenschaftliche Vertiefung vs. Stofffülle
- Didaktische Innovation vs. Traditionelle Prüfungsformate
- Autonomie der Universitäten vs. Staatliche Standardisierung

Die Realität zeigt, dass die Prüfungslogik de facto viele Freiheiten einhegt. Hochschullehre bleibt formal frei, ist aber materiell durch die Anforderungen der Staatsprüfung geprägt.

E. Reformdiskussionen und Lösungsansätze

Über die juristische Ausbildung wird immer wieder und oft sehr intensiv gestritten. Die Geschichte zeigt jedoch auch, dass sich seit 1869 an der Ausbildung der Juristen nicht viel geändert hat – und dies nicht, weil es zu wenige Änderungs- oder Reformvorschläge gegeben hätte; im Gegenteil, es gab sie in geradezu unübersichtlicher Fülle. Auch heute erleben wir eine lebendige Diskussion über etliche Reformvorschläge, wie sich gleich noch zeigen wird. Die Akteure sind sich mehrheitlich einig, dass sich etwas an der Ausbildung ändern muss.

Dennoch tritt auch heute das alte Problem wieder auf: Vorschläge werden eingebracht, konstruktiv diskutiert und debattiert, doch am Ende ändert sich in der Realität wenig bis gar nichts. Es muss daher den Gründen nachgegangen werden, warum sich – zumindest heute – trotz zahlreicher Reformvorschläge an der Juristenausbildung kaum etwas ändert. Zunächst gilt es jedoch, die Frage zu beantworten: Warum überhaupt Reformen? Für uns Studierende ist diese Frage bereits gesetzt. Der bisherige Aufbau dieses Gutachtens hat die Annahme, dass Reformen notwendig seien, bereits vorausgesetzt. Aus Gründen der Vollständigkeit soll diese Frage dennoch beantwortet werden.

I. Reformbedarf! – Oder doch nicht?

Die Frage, ob die juristische Ausbildung reformbedürftig ist, wird von den verschiedenen Akteuren unterschiedlich beantwortet. Dieser Variation an Antworten soll im Folgenden nachgegangen werden.

1. Studierende

Studierende beklagen seit Jahren die zunehmende Stofffülle, den enormen psychischen Druck und die fehlende Anpassung an den technologischen Fortschritt. Die sechste Absolvent:innenbefragung zeigt, wie drastisch das Urteil der Studenten über ihr eigenes Studium ausfällt: Lediglich ein Drittel der Befragten würden ihr Studium weiterempfehlen - davon nur ca. 5% aus voller Überzeugung.³⁶ Da ihr als Studierende mit den Problemen der aktuellen juristischen Ausbildung am besten vertraut sein solltet, haben wir diesen Abschnitt kurzgehalten.

2. Justiz

Die Nachrichten über den fehlenden Nachwuchs in der Justiz sind omnipräsent. Kaum ein Monat vergeht in der juristischen Welt, ohne dass über die schon jetzt drastische Zahl offener Stellen bei Richter:innen und Staatsanwält:innen berichtet wird. Ein Bericht über einen Negativrekord jagt den nächsten. In NRW laufen mehr als 260.000 offene Ermittlungsverfahren³⁷, in Berlin sind 120 Stellen in der Verwaltung seit mehr als einem Jahr vakant³⁸, in Hamburg liegt die Zahl offener Ermittlungsverfahren bei 57.000³⁹. Die Liste könnte so weitergeführt, mehr als eine ganze Seite füllen – wir sparen uns das an dieser Stelle.

Die Justiz ist für viele angehende Jurist:innen zu unattraktiv. Besonders die Bezahlung (bzw. Besoldung) wird von Studierenden häufig als Grund genannt. Mit den Gehältern, die in der freien Wirtschaft oder in großen Wirtschaftskanzleien gezahlt werden, kann die Justiz immer weniger mithalten. Das Problem scheint sich vor allem dadurch zu verschärfen, dass man als Studierender nicht den Eindruck hat, dass die Politik, die ja immerhin die Arbeitsbedingungen für die Justiz setzt, etwas tun würde, um faktisch die Bedingungen zu verbessern. Im Gegenteil, man hört eher von „angespannten Haushaltslagen“ und „nicht vermeidbaren Kürzungen“. Momentan versucht die Justiz, mehr Studierende zu gewinnen, indem die Notenanforderungen für die Einstellung als Richter:in oder Staatsanwält:in gesenkt werden.⁴⁰ Es sollte allerdings bewusst sein, dass dies langfristig nicht ausreichen wird.

³⁶ BRF, 6. Absolvent:innenbefragung, S. 1., s. hierzu Link unter „F. Positionierung des BRF“.

³⁷ Bielefeld/Koch, Überlastete Justiz: Noch nie so viel offene Ermittlungsverfahren vom 29.06.2025, abrufbar unter <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/ueberlastete-justiz-noch-nie-so-viele-offene-ermittlungs-verfahren-100.html>.

³⁸ Latz, Offene Stellen in der Berliner Verwaltung: Senat kann 120 Stellen mehr als ein Jahr lang nicht besetzen vom 07.06.2025, abrufbar unter <https://www.tagesspiegel.de/berlin/offene-stellen-in-der-berliner-verwaltung-senat-kann-120-stellen-mehr-als-ein-jahr-lang-nicht-besetzen-13814587.html>.

³⁹ N.N., Offene Ermittlungsverfahren in Hamburg auf Rekordhoch vom 11.06.2025 <https://www.lto.de/recht/justiz/j/justiz-hamburg-staatsanwaltschaft-offene-verfahren-57000>.

⁴⁰ Bspw. für Hessen <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/hessen-senkt-notenanforderungen-fuer-angehende-richter>

II. Über die Schwierigkeiten einer Reform

Warum sich bisherige Reformvorschläge in der Realität nicht entfalten konnten, hängt auch hier mit den unterschiedlichen Interessen der Akteure zusammen.

Die Rechtswissenschaft ist eine „positivistische Wissenschaft“ (Auguste Comte)⁴¹. Das vom Menschen „gesetzte Recht“ (Max Weber) ist auf die unterschiedlichen Lebenssachverhalte anzuwenden. Daraus ergeben sich zwei Merkmale:

- 1) „gesetzte Recht“: Es kommt nur auf das von den Menschen sich selbst auferlegte Recht an. Im demokratischen Verfassungsstaat des GG übernehmen die Parlamente die Funktion des Gesetzgebers⁴². Mit dieser Entscheidung soll das Recht formal von Moral- und Sittenvorstellungen getrennt werden.
- 2) „anzuwenden“: Das gesetzte Recht ist anzuwenden. Es soll nicht hinterfragt, kritisiert, bemängelt, etc. werden. Diese Einschränkung hat unzweifelhaft ihre Bedeutung für unseren sozialen Rechtsstaat, um Rechtssicherheit zu schaffen und eine Einheitlichkeit des Rechtes in seiner Anwendung zu gewährleisten, so dass es nicht zu Fällen kommt, in denen ein:e Richter:in die Norm anwendet und ein:e andere:r nicht, bloß aufgrund persönlicher Missbilligung.

Dies führt dazu, dass Jurist:innen in der Regel strukturell konservativer eingestellte Menschen sind.⁴³ Die Ausbildung ist nicht darauf ausgelegt, das Recht kritisch zu hinterfragen oder Einwände gegen bestimmte Normen einzubringen. Als Beispiel sei auf die Diskussion um die Ersatzfreiheitsstrafe im Allgemeinen, im Besonderen auf den Straftatbestand § 265a StGB („Erschleichen von Leistungen“) hingewiesen.⁴⁴ Die Devise der juristischen Ausbildung lautet: Konformität statt Kreativität⁴⁵. Das Gesagte soll jedoch nicht bedeuten, dass alle (angehenden) Jurist:innen strukturell konservativ sind oder sein werden. Es gibt in der Geschichte und Gegenwart genügend Beispiele, in denen Jurastudierende und Jurist:innen sich kritisch mit dem Recht auseinandergesetzt haben – zum Teil, weil sie es mussten, aber auch, weil es ihnen geboten erschien. Verstärkt soll hier verdeutlicht werden, dass die starke Fokussierung auf das Staatsexamen mit seinem Pflichtfachstoff gerade nicht dazu einlädt, Normen auch nach ihrer historischen, philosophischen oder soziologischen Bedeutung zu hinterfragen.

⁴¹ Ganz entscheidend zu diesem Verständnis trug Hans Kelsen mit seiner „reinen Rechtslehre“ bei.

⁴² Sicherlich richtig ist, dass auch die Exekutive in einem bestimmten Rahmen an der Rechtsetzung mitwirken kann, da diese aber im Grunde immer auf die Ermächtigung des Parlamentes zurückzuführen ist, kann man nicht davon sprechen, dass die Exekutive an der Gesetzgebung beteiligt ist.

⁴³ Wegner/Suchrow/Bußmann-Welsch, Was bisher nicht geschah (und warum) vom 25.02.2020, abrufbar unter <https://www.faz.net/einspruch/reform-des-jurastudiums-was-bisher-nicht-geschah-und-warum-16650988.html>.

⁴⁴ Beispielhaft: <https://taz.de/Fahren-ohne-Fahrschein/!6025369/>.

⁴⁵ Wegner/Suchrow/Bußmann-Welsch, Was bisher nicht geschah (und warum) vom 25.02.2020, abrufbar unter s. Fn. 43.

Einen weiteren Grund für den Widerstand gegen Reformen bildet die Anzahl der beteiligten Akteure. Die Länder haben sich darauf geeinigt, dass sich die Justizministerinnen auf der Justizministerkonferenz (JuMiKo) untereinander abstimmen. Ziel der JuMiKo ist es, eine einheitliche juristische Ausbildung sicherzustellen. Wird aber keine gemeinsame Lösung gefunden, führt die Angst vor einer zersplitterten Ausbildungslandschaft häufig zu keiner Veränderung.⁴⁶ Dabei spielen nicht nur die Länder, die für die Juristenausbildungsgesetze verantwortlich sind, eine Rolle, sondern auch der Bund. Viele Reformvorschläge sähen eine Änderung des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) vor, für das der Bund zuständig ist. Des Weiteren gibt es unterschiedlichste Interessensgruppen und ihre Vertreter (Deutscher Anwaltverein, Bundesrechtsanwaltskammer, Deutsche Richterbund, Deutscher Juristentag, Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften), welche auch beteiligt sind und ihre berechtigten Interessen einzubringen versuchen.⁴⁷

Freilich gibt es noch eine Reihe weiterer Gründe, die erklären, warum es bisher zu keinen nennenswerten Reformen kam.⁴⁸ Für einen groben Überblick sollen uns die beiden genannten Gründe genügen.

III. Reformvorschläge

In der aktuellen Debatte über eine Reform kursieren diverse Vorschläge. Diese Vorschläge unterscheiden sich in ihrem Charakter: Manche sind strukturell sehr weitgehend und fordern grundlegende Reformen⁴⁹, andere wollen kleinere Änderungen innerhalb des bestehenden Systems aufzeigen und diskutieren⁵⁰. Auf einige dieser Vorschläge soll nun im Folgenden näher eingegangen werden.

1. Bachelor of Laws (LL.B.)

Der wohl am häufigsten und stärksten eingebrachte Reformvorschlag ist wohl der des Bachelor of Laws. Der Bachelor of Laws hat zwei Varianten: a) als eigenständiger Bachelorstudiengang, an dessen Ende man dann einen Bachelor of Arts (B.A.)⁵¹ oder Bachelor of Laws (LL.B.)⁵² erhält und b) als integrierter Teil eines Staatsexamensstudiengangs, in dem der Bachelor i.d.R. nach Bestehen des Schwerpunktstudiums verliehen wird⁵³. Die Debatte um den Bachelor of Laws ist mittlerweile veraltet. Dem Grunde nach geht dieser Vorschlag auf die „Bologna-Reform“ aus dem Jahre 1999 zurück, die die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraumes zum Ziel hatte. Man könnte annehmen, dass dieser – im Grunde

⁴⁶ Wegner/Suchrow/Bußmann-Welsch, Was bisher nicht geschah (und warum) vom 25.02.2020, abrufbar unter s. Fn. 43.

⁴⁷ Wegner/Suchrow/Bußmann-Welsch, Was bisher nicht geschah (und warum) vom 25.02.2020, abrufbar unter s. Fn. 43.

⁴⁸ für weitere Gründe s. u.a. den bisher zitierten Artikel

⁴⁹ Hierzu: https://iurreform.de/wp-content/uploads/2024/06/230521_iurreform-Studie-Langfassung.pdf; <https://www.law-school.de/fileadmin/downloads/hamburger-protokoll-2023.pdf>

⁵⁰ Hierzu: https://www.zjs-online.com/dat/artikel/2025_6_1989.pdf

⁵¹ Bspw. in Göttingen: <https://www.uni-goettingen.de/de/39708.html>

⁵² Bspw. in Hagen: <https://www.fernuni-hagen.de/studium/studienangebot/bachelor-of-laws.shtml>

⁵³ Bspw. in Bonn: <https://www.jura.uni-bonn.de/pruefungsamt/integrierter-bachelor>

genommen nicht neue Vorschlag – mit Jahren an Kontroversität verloren hätte, dem ist aber nicht so. So sprach die Rechtsprofessorin und damalige Vorsitzende des Deutschen Juristen-Fakultätentages Tiziana Chiusi, immerhin noch im Jahr 2022, von einem „Loser-Bachelor“. ⁵⁴ Dass dies nicht die Mehrheitsposition des Professoriums zu sein scheint, sei zu deren Ehrenrettung noch gesagt. ⁵⁵ Solcher Äußerungen zum Trotz ist ein klarer Trend zu flächendeckender Einführung des integrierten Bachelors in der Bundesrepublik sichtbar. ⁵⁶

2. Internationalisierung und Europäisierung des Rechts

Das deutsche Recht ist immer stärker von internationalem und supranationalem europäischen Recht geprägt. Eine fehlende Berücksichtigung innerhalb der juristischen Ausbildung wird von einigen kritisiert und eingefordert. ⁵⁷

3. Interdisziplinäre Inhalte

In den Reformdiskussionen wird auch die Wichtigkeit einer interdisziplinären Lehre betont, die nicht nur das Staatsexamen im Blick hat, sondern auch Kompetenzen im Bereich Wirtschaft, Ethik, Soziologie, Medizin, Legal Tech/Rechtsinformatik, etc. vermitteln soll. Diese Kenntnisse können besonders nützlich sein, um sich in der Arbeitswelt frühzeitig zu spezialisieren und die eigenen Stärken zu entdecken. Gleichzeitig bleibt die Frage, wie mit eher zunehmender als abnehmender Stofffülle auch noch Kenntnisse aus anderen Wissenschaften, die für Jurist:innen sicherlich relevant sind, vermittelt werden sollen. Solche interdisziplinären Inhalte könnten sicherlich durch entsprechende Grundlagenfächer oder Schwerpunktbereiche auch in ein bestehendes System integriert werden, ohne dabei die Stofffülle und den Stress für Studierende zu erhöhen.

4. Anpassung an die Digitalisierung

The Times They Are A Changin' ⁵⁸ entsprechend wird auch gefordert, dass sich die juristische Ausbildung an die technologischen Entwicklungen anpasst. Unter diesem Titel werden eine Vielzahl von Ansätzen diskutiert, unter anderem die Einführung von Inhalten aus dem Bereich *Legal Tech* oder Rechtsinformatik, die Ermöglichung des E-Examens, die Verwendung von digitalen Gesetzesbüchern und Kommentare

⁵⁴ Chiusi, Der Bachelor ist ein Loser-Abschluss vom 29.06.2022, abrufbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/sinnhaftigkeit-des-bachelors-fuer-jurastudenten-18138005.html>; in diesem Zusammenhang sei auch auf die Stellungnahme des BRF hingewiesen: <https://bundesfachschaft.de/1111-2/>.

⁵⁵ https://iurreform.de/wp-content/uploads/2023/11/230521_iurreform-Studie-Kurzzusammenfassung.pdf

⁵⁶ Eingehend auf die Vorteile und die historische Entwicklung: <https://www.faz.net/einspruch/iqb-karrieremagazin-was-bringt-der-integrierte-jura-bachelor-110230041.html>.

⁵⁷ Breidenbach, NJW 2020, 2862 (2865); s. auch: https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/files/anwaltsblatt.de/Rubriken/Aufsaeetze/2016/AnwBl%2010.2016_710_SchulzeGro%C3%9F.pdf.

⁵⁸ Lied von Bob Dylan

5. Reduktion des Pflichtfachstoffs

Wenn ein Rechtsgebiet einmal Teil des Pflichtfachstoffes ist, verliert es diesen Status so schnell nicht. Was einmal aufgenommen wurde, bleibt in der Regel bestehen. Damit sind wir beim zentralen Problem oder Kritikpunkt, der an dieser Forderung geäußert wird: Man müsste sich darauf einigen, welche Rechtsgebiete nicht mehr oder nur noch im Überblick Teil des Pflichtfaches sein sollen. Jede Unterbreitung eines entsprechenden Vorschlags würde auf heftigsten Widerstand seitens der Fachvertreter – sowohl aus Universität als auch Praxis – stoßen. Ein Lösungsansatz, der praktisch kaum realisierbar ist. Stattdessen wird über eine Reduktion des Stoffes durch Verlagerung diskutiert. Dieser Vorschlag sieht vor, dass ausgewählte Stoffgebiete ausschließlich in studienbegleitenden Klausuren abgeprüft werden.

F. Positionierung des BRF

Der BRF nimmt eine zentrale Rolle ein, indem er die Interessen der Studierenden bündelt und in Reformprozessen vertritt. Aktuelle Debatten machen deutlich, dass studentische Perspektiven in politischen Entscheidungsprozessen gestärkt werden müssen.

Der BRF hat seine grundlegenden Ansichten im [„Grundsatzprogramm – Grundlagen für ein besseres Jurastudium“](#) festgehalten. Dabei formuliert er seine Ideen unter Wahrung der volljuristischen Ausbildung – also der Befähigung zu den drei klassischen juristischen Berufen (Richterschaft, Staatsanwaltschaft und Anwaltschaft).

In § 3 wird die Forderung nach der Ermöglichung eines Bachelor of Laws an allen rechtswissenschaftlichen Fakultäten und Fachbereichen aufgenommen. Es handelt sich hierbei um einen integrierten Bachelor, der in das bestehende Jurastudium eingebaut werden soll.

In § 5 wird die Notwendigkeit einer „grundlegenden Reform“ der juristischen Ausbildung betont, mit dem Ziel, einen stärkeren Fokus auf Methodik und Systematik zu legen.

In § 22 wird umfassend auf die „Digitalisierung der Lehre“ eingegangen, die sich unter anderem mit E-Learning als Erweiterung des bestehenden Lehrsystems befasst.

§ 27 fordert eine Stärkung der Interdisziplinarität in den Lehrveranstaltungen. Das Recht soll nicht nur im Hinblick auf seine spätere Anwendung als Richter, Staatsanwalt oder Anwalt gelehrt werden, sondern auch Perspektiven anderer Disziplinen auf das Recht aufzeigen. In diesem Zusammenhang soll zudem der Austausch mit Studierenden anderer Fachrichtungen gefördert werden.

Ein kritisches Jurastudium, wie es etwa in § 27a skizziert wird, soll sich nicht nur mit dem nationalsozialistischen Unrecht und dem Unrecht der SED-Diktatur auseinandersetzen, sondern auch feministische und antirassistische Themen im Recht aufgreifen, sodass eine kritische Reflexion bestehenden Rechts möglich wird. Ziel ist es, dass ein Bewusstsein für die Verantwortung der Studierenden entsteht, die sie als Jurist:innen für einen demokratisch resilienten Rechtsstaat tragen.

Über die Verwendung und den Einsatz von Legal Tech – auch als Vorbereitung für eine zunehmend digitalisierte Rechtswelt – wird in § 28 gesprochen. Fakultäten und Fachbereiche sollen Lehrveranstaltungen zu Legal Tech und Digitalisierung im Recht anbieten und in bestehende Lehrformate, soweit sinnvoll und möglich, implementieren.

Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung des Europarechts muss die juristische Ausbildung an heutige und zukünftige Entwicklungen angepasst werden. In § 29 wird daher gefordert, ab dem zweiten Semester eine Vorlesung im Europarecht mit begleitender Arbeitsgemeinschaft anzubieten. Der Blick soll jedoch nicht auf Europa beschränkt bleiben; auch außereuropäische Rechtsordnungen im Vergleich zur deutschen Rechtsordnung sollen thematisiert werden. In diesem Zusammenhang wird zudem die Bedeutung der juristischen Fremdsprachenausbildung betont und eingefordert.

Abschließend sei auf § 48a hingewiesen, der sich mit der Reduktion des psychischen Drucks beschäftigt. Dieser formuliert vergleichsweise allgemein, dass der psychische Druck zu senken sei und Lehrende sowie Prüfende sensibler agieren sollten.

G. Schlussbewertung

Die juristische Ausbildung ist ein historisch gewachsenes System, das wissenschaftliche Freiheit mit staatlicher Qualitätskontrolle verbindet. Dieses Spannungsfeld ist konstitutiv und nicht zufällig. Die aktuellen Reformdiskussionen zeigen, dass die Herausforderungen vielfältig sind, aber alle auf dieselbe Grundspannung zurückzuführen sind: die Notwendigkeit wissenschaftlicher Autonomie auf der einen und staatlicher Verlässlichkeit auf der anderen Seite. Für zukünftige Entwicklungen wird entscheidend sein, ob es gelingt, beide Prinzipien in ein modernes, zeitgemäßes Verhältnis zu setzen. Dieser Frage werden wir konkret im Workshop nachgehen.

Literaturverzeichnis

Manthe, Ulrich: Geschichte des römischen Rechts, 6. Aufl., München 2019.

Köbler, Gerhard: Zur Geschichte der juristischen Ausbildung in Deutschland, in: Juristenzeitung Nr. 23/24 (1971), S. 768 – 773.

Bernhardt, Wilfried: Juristischer Nachwuchsmangel? Zeit für eine echte Reform der Juristenausbildung!, in: Ordnung der Wissenschaft 2 (2024), S. 101 – 112.

Kaltenborn, Karl: Der Kampf gegen das alte Recht: Die juristische Ausbildung im Nationalsozialismus, in: Göttinger Rechtszeitschrift Sonderausgabe (2023), S. 30 – 35.

Eckhardt, Karl August: Das Studium der Rechtswissenschaft, Hamburg 1935.

Chiusi, Tiziana: Themen und Perspektiven der juristischen Ausbildung, in: Ordnung der Wissenschaft 1 (2023), S. 3 – 16.

Maunz, Theodor/Dürig, Günter (Begr.): Grundgesetz Kommentar, Loseblatt, 108. EL. München August 2025 (zitiert als: *Bearbeiter*, in: Maunz/Dürig (Begr.), Grundgesetz, 108. EL. August 2025, Rn.).

Brosius-Gersdorf, Frauke (Hrsg.): Dreier-Grundgesetz-Kommentar, Band I, 4. Aufl. Tübingen 2023 (zitiert als: *Bearbeiter*, in: Brosius-Gersdorf (Hrsg.), Grundgesetz, Band I, Rn.).

Manssen, Gerrit: Staatsrecht II – Grundrechte, 20. Aufl. München 2024.

Kingreen, Thorsten/Poscher, Ralf: Grundrechte – Staatsrecht II, 39. Aufl. Heidelberg 2023.

Gröpl, Christoph/Windthorst, Kay/von Coelln, Christian: Studienkommentar Grundgesetz, 6. Aufl. München 2025 (zitiert als: *Bearbeiter*, in: Gröpl/Windthorst/von Coelln, Studienkommentar, Rn.).

Huber, Peter Michael/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.): Grundgesetz Kommentar, Band I, 8. Aufl. München 2024 (zitiert als: *Bearbeiter*, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), Grundgesetz, Band I, Rn.).

von Münch, Ingo/Kunig, Philip (Begr.): Grundgesetz Kommentar, Band I, 8. Aufl. München 2025 (zitiert als: *Bearbeiter*, in: von Münch/Kunig (Begr.), Grundgesetz, Band I, Rn.).

Bielefeld, Anne/Koch, Martina: Überlastete Justiz: Noch nie so viele offene Ermittlungsverfahren vom 29.06.2025, <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/ueberlastete-justiz-noch-nie-so-viele-offene-ermittlungsverfahren-100.html>.

Latz, Christoph: Offene Stellen in der Berliner Verwaltung: Senat kann 120 Stellen mehr als ein Jahr lang nicht besetzen vom 07.06.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/offene-stellen-in-der-berliner-verwaltung-senat-kann-120-stellen-mehr-als-ein-jahr-lang-nicht-besetzen-13814587.html>.

N.N.: Offene Ermittlungsverfahren in Hamburg auf Rekordhoch vom 11.06.2025, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/offene-stellen-in-der-berliner-verwaltung-senat-kann-120-stellen-mehr-als-ein-jahr-lang-nicht-besetzen-13814587.html>.

GUTACHTEN – 11. ZWISCHENTAGUNG JENA 2026
Wissenschaftsfreiheit vs. Staatliche Qualitätssicherung – das Spannungsfeld der juristischen Ausbildung

Wegner, Arne P./Suchrow, Martin/Bußmann-Welsch, Til Martin: Was bisher nicht geschah (und warum) vom 25.02.2020, <https://www.faz.net/einspruch/reform-des-jurastudiums-was-bisher-nicht-geschah-und-warum-16650988.html>.

Chiusi, Tiziana: Der Bachelor ist ein Loser-Abschluss vom 29.06.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/sinnhaftigkeit-des-bachelors-fuer-jurastudenten-18138005.html>.

Breidenbach, Stephan: Eine neue Juristenausbildung, in: Neue Juristische Wochenschrift Heft 39 (2022), S. 2862 – 2869.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.
c/o FSR Rechtswissenschaft der Universität Hamburg
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg
www.bundesfachschaft.de
info@bundesfachschaft.de

Text

Chinwoo Yang
Arda Cem Sunar

Mit Unterstützung von Carla Marondel